

Vielfaltsquartiere und Integration

DR. KONRAD HUMMEL

ist Diplompädagoge und Sozialwissenschaftler und war von 2002 bis 2008 Sozialdezernent der Stadt Augsburg, danach unter anderem Abteilungsleiter Politik beim Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (vhw) in Berlin, Beauftragter des Oberbürgermeisters für die Konversion in Mannheim sowie Geschäftsführer der Mannheimer Wohn- und Stadtentwicklungsgeellschaft MWSP.

Die europäische Stadt ist die größte soziale Integrationsmaschine unserer Gesellschaft – so man sie lässt. Wenn aber die Rahmenbedingungen dieses »urbanen Typs« sich verändern und die »nationale« Integrationspolitik widersprüchlich bis unklar ist, versagt diese Maschine und führt zu Siedlungsformen mit neuen Verwerfungen.

Mit »neuen Verwerfungen« ist gemeint, dass sich die hinreichend bekannten Probleme städtischer Segregation entlang der Armutsentwicklung (vor allem in Folge von industriellen Arbeitsmarktveränderungen und Arbeitslosigkeit) mit der Zuwanderungsproblematik multipliziert haben. Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist, dass die Integrationsdebatte sich viel zu tagespolitisch auf Geflüchtete und ganz generell das Thema Zuwanderung bezieht, statt auf den fortwährenden Prozess gesellschaftlicher Integration aller Gruppen.

Helmut Häußermann brachte die »Integrationskrise« der Städte zuerst auf den Punkt (Häußermann 2000) und machte deutlich, dass die europäische Stadt nicht mehr die nötige soziale Integrationskraft aufbieten kann, wenn sich Armuts- und Segregationsverwerfungen in ihren »Mauern« manifestieren, wenn aus sozialen räumlichen Distanzen werden. Das »alte Arbeiterviertel« war Teil der Gesamtstadt, das Armenviertel ist dies nicht mehr. Und diese Abgrenzungsentwicklung droht sich beschleunigt zu verstetigen, wenn überlagernd Zuwanderungs- und interkulturellen Integrationsfragen dazukommen.

Inzwischen bilanziert das Wissenschaftszentrum Berlin am Beispiel von 74 Städten die fortschreitende Aufspaltung der Stadtgesellschaften (Helbig / Jähnen 2018). Der französische Präsident Emmanuel Macron spricht in Frankreich hinsichtlich der Entwicklung bestimmter Quartiere (Banlieus) sogar von »Sezession«, von einem Wegbrechen aus ge-

samtstaatlichen Strukturen (vgl. FAZ, 27.4.2019, S.5). Beschleunigt in den letzten Jahrzehnten gleicht der Wohnungsmarkt nicht mehr aus, sondern grenzt ab.

Die deutsche Wahrnehmung ist wohlfahrtsstaatlich geprägt und thematisiert vor allem sozioökonomische Ungleichheit, was etwa im Begriff der »sozialen Brennpunkte« zum Ausdruck kommt. Einen anderen, im französischen Sinne »republikanischen« Schwerpunkt könnte man wählen mit der Fokussierung auf gleiche (Kommunal-)Wahlrechte oder Grundrechte, auf Bildung oder freie Religionsausübung.

Mit dem Begriff der Segregation ist das »Auseinanderbrechen« entlang sozialer Konstellationen beschrieben, die schon immer mit gesellschaftlicher Integration zu tun haben (Zugang zu Kindergärten, Schulen, Aufstiegsmöglichkeiten, Wohnungsoptionen, Sporteinrichtungen usw.). Entsprechend liegt der politische Handlungsschwerpunkt in Deutschland auf einem Mix von städtebaulichen Nachbesserungen (Stadtanierung) und sozialpolitischen Maßnahmen ergänzt durch Quartiersmanagement, manchmal durch »freie Träger«. Der »Staat« steht nicht im Mittelpunkt des Handelns – wie bei Schul- und Polizeistrategien in den französischen *Banlieus*.

Der US-amerikanische Ansatz ist pragmatisch und nicht landessystematisch: Städte wie Seattle und andere hoffen, dass sich mit Umzugsgutscheinen die Lebenslage der Betroffenen in den

Quartieren verbessern lässt, quasi durch äußere Mobilität die innere Dynamik individuell angestoßen wird (Heuser 2017).

Die »Integrationsmaschine Stadt« im Wandel

Für jede Strategie einer gelingenden »nationalen« Integrationspolitik ist es notwendig, die veränderten Rahmenbedingungen zur Kenntnis zu nehmen, die die Wesensveränderung der Integrationsmaschine Stadt bedeutet.

Segregierte Stadtentwicklung ist das zentrale Eingangstor für ungesteuerte Zuwanderung und widersprüchliche Integrationspolitik. Die ethnischen Gruppen suchen ihren Weg in die Stadtquartiere, teils freiwillig ihren Milieus oder nicht ganz freiwillig den Mietpreisen folgend, teils als Reaktion auf eine versteckte Diskriminierung oder begrenzte Auswahlmöglichkeiten. Während weniger sozialstaatliche Systeme und Stadtstrukturen für Migranten Grund genug sind, die Quartiere rasch zu durchwandern und per Selbstausbeutung in bessere Quartiere auszuweichen (angloamerikanischer Raum) verbleiben sie in der europäischen Stadt oft genau dort, wo sie gelandet sind, weil es dort »wenigstens« ihren zweisprachigen Kindergarten, den Hinterhof und die Beratungsstelle gibt.

Der Segregation folgt die Segmentierung, die Zusammenführung in zahllose Untergruppen und Gemeinschaften, Parallelstrukturen, die sich stützen und stabilisieren können – eine integrationspezifische Form der Selbsthilfe. In der deutschen »Selbsthilfediskussion« wird dieser Aspekt kaum wahrgenommen, sondern eher der Mangel an Gesundheitsselbsthilfe der Migranten beklagt.

Die Kehrseite der sozialen Stabilisierung ist die Zementierung gegen eine dynamische Integration. Plötzlich kann der Bildungserfolg eines muslimischen Zuwanderungskindes als versteckte Christianisierung und Verwestlichung gebrandmarkt werden. Wenn sich politische Strategien darauf nicht einstellen, droht als dritter Schritt eine Art Sedimentierung, eine »Ablagerung« und Verkrustung von Defizitlagen. Es geht dann nur noch um Ansprüche, Verwahrung, Pflege, Überleben.

Längst kann nachgewiesen werden, dass ganze (Jugend)-Generationen geprägt sind von solchen Quartieren und ihren Normen (Kurtenbacher 2016). Be-

sonders eben dort, wo sich Soziales und Kulturelles überlagern: Im Kölner Stadtteil Chorweiler liegt der Anteil der Sozialwohnungen bei 80% (Köln: 7,4%), der Migrantenanteil inzwischen bei 77,35% (ebd., S. 83). Während sozialpolitische Maßnahmen in »Armutsquartieren« noch greifen mögen, droht in gemischten Vielfaltsquartieren der staatliche Interventionsmechanismus zu scheitern. Die

die Entfremdung gegenüber denen, die man fälscherweise ihre »Landsleute« nennen will.

Hier zeigt das »demokratische Netz«, das uns in den letzten fünfzig Jahren selbstverständlich geworden ist, bedrohliche Risse. Beginnend bei der Wahlbeteiligung fehlen Verhaltenssicherheit, Interesse und »Belohnung«, um nennenswert und in größerer Zahl am Erhalt

»Die europäische Stadt wird ›dekonstruiert‹.«

Schulbildung wird zuerst deshalb schlechter, weil die Kunden sich verändern: es ziehen die letzten Mittelstandskinder weg, der Vereinsleben »erstirbt«, ihre politische Lobby fehlt, in die Wohnungen wird nicht investiert und Parallelwelten entstehen. »Integration« verwandelt sich im Zuge solcher Segregationsfolgen in Anpassung an eigene ethnische Gruppen, Stärkung von Nischen und Überlebensfähigkeit oft auch transnationaler Art mit Verbindungen in »die Heimat« wie anschaulich am deutsch-türkischen Beispiel Berlin-Kreuzberg immer wieder vorgeführt wird.

Hier bleiben Probleme hängen wie feste Ablagerungen (Sedimentierungen). Der Bildungsnachteil der dortigen Jugendlichen wird dauerhaft wirken und ist mit »Nachhilfe« nicht zu beseitigen, Verhaltensauffälligkeiten inklusive. Schon die Ausgaben für familienunterstützende Maßnahmen sind in diesen Quartieren mehr als auffällig. Die mangelnde barrierefreie Ausstattung für Ältere und die schlechte interkulturelle Pflegesituation haben sich ebenso verfestigt, wie die mangelhafte Gesundheitsvorsorge. Die Diskussion von Gleichstellungfragen zwischen Männern und Frauen gestaltet sich hier schwieriger als jede nationale Debatte um die gendergerechte Besetzung von Vorstandspositionen in Großkonzernen.

Die Repräsentation von Migranten in der Politik hat sich zwar verbessert. Aber auch diese bemühen sich – was ihnen nicht vorzuwerfen ist – eher um Aufstieg und Erfolg als um unmittelbare Solidarität mit »ihren« Abgehängten in den Quartieren. Natürlich gibt es – eher außerhalb der Quartiere und in Sportvereinen oder Handelskammern – außergewöhnlich engagierte Migrantinnen und Migranten. Sie spüren aber selbst

dieses Netzes mitzuwirken. Schließlich stehen »soziale Fragen« im Vordergrund und nicht die für die europäische Stadt so wichtigen Ordnungsfragen des Alltags (wie Parkplatz- und Lebensmittelkontrollen, Seuchengesetze, Gewerberecht und Jugendhilfe). Sie werden meist nur als repressiv wahrgenommen – mit dem gleichen Misstrauen wie gegenüber einer staatlichen Einwanderungsbehörde.

Integrationspolitische Anknüpfungspunkte werden konterkariert

Die europäische Stadt wird »dekonstruiert«: Die Vielzahl ihrer integrationspolitischen Anknüpfungspunkte wird entweder konterkariert (z. B. durch Kürzungen), falsch zugeordnet (Ordnungsdienste), national anders geregelt (Arbeitsmarktzugänge, Wahlrecht), marginalisiert (Straßenfeste mit den üblichen Volkstänzen und Essensangeboten) oder ausdifferenziert (türkische Fußballvereinsförderung). Diese Entwicklung hat aus vielerlei »Opferhaltungen« Anspruchsverhalten erwachsen lassen. Die Stadt soll nun für Sauberkeit und Gleichberechtigung sorgen, das Demonstrationsrecht selbstverständlich auch für deutsch-türkische gegen deutsch-kurdische Jugendliche (und umgekehrt) durchsetzen, bei eventuell dubiosen Untervermietungen aber nicht so genau hinsehen und die Finger von Automatencafés lassen. Im Kern wäre die Durchsetzung des kommunalen Ordnungsrechts ein zentrales Integrationselement, verkommt aber so zum Arbeitsfeld für gut gerüstete Anwälte.

Eine arbeitsteilige, vorsichtig gewordene, der Neutralität verpflichtete, kleingesparte Großstadtverwaltung ist den Zuwanderern dieser Quartiere suspekt, die städtische Müllabfuhr ohnehin

ausgegliedert. So ist das Geschehen der demokratischen Selbstverwaltung in der Kommune für sie fremder statt vertrauter geworden. Ihre Informationsmedien sind nicht die Organe der deutschen (Lokal-) Presse, sondern national ausgerichtete Massenblätter und Satellitenprogramme »aus der Heimat«. Wenn Integration in die Demokratie den informierten Staatsbürger voraussetzt, so sucht man diesen in diesen Quartieren allzu oft vergeblich.

Mangelnde Verlässlichkeit

Integrationspolitik ist in sich widersprüchlich, wenn sich weder Zuwanderer noch Einheimische (z. B. als potenzielle Arbeitgeber) für längere, nachhaltige Zeiträume auf verlässliche Bleibeperspektiven oder gar Einbürgerungsbedingungen einstellen können. Sie ist widersprüchlich aus einer ganzen Reihe weiterer Gründe. Zum einen folgt Einbürgerung der deutschen »Blutszugehörigkeit« wie bei den Russlanddeutschen. In anderen Fällen folgt sie dem Arbeitsmarkt (Inder in der Computerbranche, Ärzte), sie folgt der Dauer des Wohnens in Deutschland oder auch dem Asylrecht. Integration hat keine soziokulturelle Hauptlinie (hier mit allem Drum und Dran wohnen wollen), sondern ist zum Geschäftsordnungspunkt geworden (Spezialfälle). Sie ist ferner widersprüchlich, wenn man zwar eine Betriebsratskarriere machen kann, aber beim Makler wegen des Familiennamens abgewiesen wird. Die Folge sind gemeinschaftsorientierte, zunehmend gemeinsame Verhaltensmuster, nicht den Erfolg im Gastland, sondern im Heimatverein zu suchen. Problematisch ist dabei nicht nur die Bildung von Gettos oder Parallelgesellschaften, sondern der Mangel an einer auf der Grundlage von in lokalen Gremien (und sei es auch nur beim Elternabend an der Schule) erworbenen Verhaltenssicherheit, die Voraussetzung dafür wäre, selbstbestimmt einen Platz im gesellschaftlichen Leben anzustreben.

Die Langzeitwirkungen der angesprochenen Widersprüchlichkeit der Integrationspolitik, die diese Verhaltensmuster fördert und perpetuiert, sind unübersehbar. »Angst fressen Seele auf«, dass heißt: Unsichere Identitäten oder überforderte Doppelidentitäten führen dazu, dass emotionale Sicherheit anderswo gesucht wird. Dann wächst die Sehnsucht nach Anatolien und Istanbul, nach Orten, wo der Respekt vor dem

Islam selbstverständlich ist und wo man nicht fortwährend mit der Forderung nach der Gleichberechtigung der Geschlechter konfrontiert wird! Und die ethnischen Konflikte multiplizieren sich mit den generativen Fragen in den Familien, weil ältere migrantische Eltern ohne ihre wegdriftenden Kinder nicht mehr zurechtzukommen drohen.

Diese Negativspirale – Segregation der Städte, Integrationsproblematik der Republik, Verfestigung in Quartieren – hat eine andere Seite, die sich mit Blick auf urbane Dynamik erschließt. Für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik ist diese Sichtweise der Schlüssel zu realistischen Strategien.

Die weit überwiegende Mehrheit aller Migranten und Zuwanderer zieht es seit langem in die Städte. Und dies hat Gründe, die nicht nur ökonomischer Natur sind. Auch die Überformung von Armutsquartieren durch Zuwanderung ist mehr als nur eine Addition von Problemlagen. Es ändert sich ihr Charakter. In der Regel »erzwingt« das urbane Leben eine Positionierung aller kulturellen Gruppen und Milieus im Quartier – sie können und wollen nicht graue Durchschnittsbürger sein. Sie müssen sich gegeneinander im Soziotop eines erfahrbar überschaubaren städtischen Raumes behaupten unter schwierigeren Bedingungen als »im bürgerlichen Stadtteil«. Legale und halblegale Methoden mögen sich vermischen,

wird häufig völlig unterschätzt, welche Sozialisierungsmuster dies mit Blick etwa auf Sozialkompetenz oder Toleranz nach sich zieht. Dies erfolgt weniger auf der Grundlage einer rationalen Abwägung als auf einem komplexen, »simplen« Kosten-Nutzen-Schema.

Dieses »bunte«, direktere, rauere Leben im öffentlichen Raum ist einer der Punkte, die Vielfaltsquartiere für junge (deutsche) Kreative hochattraktiv macht. Sie, Betriebsgründer, Studenten und manch hippe Szene sind so zu Brückenbauern neuer Quartierspolitik und »alternativer« Integration geworden.

In jedem Fall verschiebt sich der Fokus von »der Stadt« auf »mein überschaubares Quartier« und macht die Unterschiede sehr deutlich. Es sind dann »die Italiener« oder »die Bulgaren« im Quartier und nicht der Berufskollege. Es fehlen starke Arbeitswelt- und Gewerkschaftsnormen, auch fallen Kirchen und Parteien als Normbildner weitgehend aus. Umso notwendiger ist es, Stadt und Staat zu »erleben«, was in der Regel nur über ihre Institutionen, wichtige Autoritätspersonen oder konkrete Kontakte geht. Beispielsweise hilft ein strukturgebendes »unsichtbares« Quartiersmanagement nicht weiter und wechselnde Verwaltungsagenten haben schnell ausgespielt.

Vielfaltsquartiere erfordern ein Zurück zu den Ausgangspunkten demokratischer Vertrauensbildung durch

»Die Überformung von Armutsquartieren durch Zuwanderung ist mehr als nur eine Addition von Problemlagen.«

in jedem Fall handelt es sich um den Versuch, eine eigene Identität zu leben, nicht nur beim landsmannschaftlichen Grillfest an Sonnentagen, beim hochzeitlichen Hupkonzert oder orthodoxen Kirchenfesten. Aus Brennpunkt-Quartieren sind Vielfaltsquartiere geworden.

Während »erfolgreich« integrierte Zuwanderer in den bürgerlichen Wohnquartieren denselben Wohlstandsnormen folgen, reicht es bei jenen in den Quartieren nur dazu, eine 30qm-Wohnung mit einem geleasten BMW zu kombinieren. Im Ergebnis eine reale Life-style-Vielfalt auf vergleichsweise prekärem Niveau. Es

durchgesetzte Normen und erfahrbare Personen. Integrationspolitik bleibt mit ihrer juristischen Ausrichtung und Fixierung auf den Spracherwerb hohl. Die Absicherungen beim Arbeitsmarkt (Zertifikate, Zugangsrechte) sind sehr von der Angst geprägt, Konkurrenz nicht anzustacheln und letztlich auch von der Sorge vor der Mitnahme von Sozialleistungen (Südosteuropäer). Bei den Betroffenen kommen oft nur diese Sorgen und das Misstrauen an, statt die Einstellung, wir wollen und brauchen euch, werden aber auch genau kontrollieren. Für die Zugewanderten stellt sich

Integration in zwei Dimensionen dar:
Was bringt mir die Integration und was kostet mich die Integration?

Im Mittelalter haben die Städte dem Stadtbürger einiges abverlangt. Es wäre erhellend, die kommunalen Dienstleistungen kritischer daraufhin zu durchleuchten, wie und wo sie Teilhabe einfordern können und sollten! Gegenüber dem »einheimischen« Mitbürger ist die Stadt zum Dienstleistungsautomaten geworden, vergleichbar mit einem Parkautomat. Für bestimmtes Geld gibt es bestimmte Leistungen. Auch dies ist kein Beitrag zu politischer Integration.

Eine um Mannheim herum aufgebaupte Experten- und Kommunalpolitikerrunde hat über diese Vielfaltsquartiere mehrfach diskutiert, den Pakt für urbane Demokratie beschlossen und fordert die Politik eindringlich auf, nicht weiter wie bisher gegen Segregation wie gegen Windmühlen zu kämpfen, sondern die Dinge an der Wurzel anzupacken, dort wo Politik integriert erfahrbar sein muss, ordnungspolitisch klarer vorzugehen, sozialpolitisch entschiedener an den Chancen der Kinder orientiert und unter Wertschätzung der sozialen Beiträge der Menschen in Vielfaltsquartieren. Letztlich verändert sich Integration damit in Inklusion: ein Leben, das mit den Unterschieden klarkommen muss und will.

Literatur



Häußermann, Hemlüt (2000): Die Krise der sozialen Stadt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11/2000, Bonn.

Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Struktur unserer Städte?, Wissenschaftszentrum Berlin, 2018, P 2018-001 (www.wzb.eu)

Heuser, Uwe Jean: Kapitalismus inklusive.

So können wir den Kampf gegen Populisten gewinnen. Hamburg: Edition Körber 2017.

Kurtenbacher, Sebastian (2016): Leben in herausfordernden Wohngebieten. Wiesbaden: Springer, 2016.

Ein Pakt für urbane Demokratie

Deklaration von Mannheim vom 19.3.2019

Gleichwertige Lebensverhältnisse – ein neues Projekt der Großen Koalition in Berlin – gehören in den europäischen Demokratien zu den Grundlagen, mit denen Freiheit und Gerechtigkeit sozial und territorial in die Balance gebracht werden.

Die größten Brüche in den Gesellschaften der Europäischen Union konzentrieren sich in Quartieren, in denen sich verschiedene Benachteiligungen bündeln, kumulieren und immer häufiger chronisch werden. Die Problemlagen in diesen »Vielfaltsquartieren« stellen in Hinblick auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse größere Herausforderungen dar als traditionelle Unterschiede von Stadt und Land. Die Bedeutung und die Dynamik dieser Entwicklung fordert von Kommunen, Ländern und Bund eine neue, projektorientierte Herangehensweise, die in Form partnerschaftlicher Entwicklungsverträge angegangen werden sollte. Dazu bedarfes lokal gebündelter Lösungen für die zentralen Handlungsfelder, zu denen Wohnungsmarkt, Arbeitsplatzwandel, Integration, Migration, Ökologie, Ungleichheiten im Bildungssystem und die Sicherheitslage gehören.

Allzu lange ist die Entwicklung dieser Quartiere missverstanden worden als ein sozialstaatliches Phänomen, dem mit städtebaulichen Mitteln und Programmen beizukommen sei. Dies ist nicht gelungen und stattdessen sind die »Banlieues« in Frankreich und die »sozialen Brennpunkte« in Deutschland zu Dauerthemen geworden, die sich negativ auf das Vertrauen in die Demokratie und die wahrgenommene Handlungsfähigkeit des Staates auswirken.

In Frankreich haben sich zahlreiche Städte im »Pakt von Dijon« zusammengetan, um in einer Art von »Selbstermächtigung« den staatlichen Ebenen eine gezielte Vertragspartnerschaft mit praktischen, vielseitigen Schritte anzubieten. In Deutschland weist der »Appell von Mannheim« darauf hin, dass allein fiskalische Sanierungsmitel die in diesen Quartieren erfahrbare Krise der staatlichen Institutionen bis hin zu einem sozialen Kontrollverlust nicht stoppen können.

Zur Situation in diesen Vielfaltsquartieren hat eine deutsch-französische Tagung der Wüstenrot Stiftung mit der Stadt Mannheim und dem Städtetag Baden-Württemberg im März 2019 Gelegenheit geboten Bilanz zu ziehen.

Die Berichte aus den Städten haben deutlich gezeigt, dass Staat und Stadt gemeinsam vor Ort erlebbar, präsent, schwerpunktbildend, zielgenau und be-

teiligend auf neue Art zusammenwirken und demokratische Spielregeln sichern und Chancen ermöglichen können und müssen.

Dazu wird sich staatliches Handeln auch proaktiv gemeinschaftsbildend in die Zivilgesellschaft einmischen müssen.

Es braucht in diesen Quartieren einen »agilen« Staat, der unter Nutzung neuer Kommunikationsformen mit Chance auch zur punktuellen Partizipation rasch reagiert.

Dort, wo sich Ungerechtigkeit und Un- gleichheit – in wie kleinen Inseln auch immer – abbildet und territorialen Zusammenhalt zerstört, braucht es die konsequente Schwerpunktsetzung in der Bekämpfung ungleicher Lebensverhältnisse, wie es mit der o.g. Kommission angestrebt wird. Solche Inseln gefährden unsere Demokratie letztlich überall.

Die politische Herausforderung dabei bedeutet, nicht weiter wie bisher zu agieren, sondern die verschiedenen staatlichen Ebenen auf ein konkretes und abgestimmtes Handeln vor Ort in Quartieren mit besonderen Herausforderungen in die Pflicht zu nehmen.

Erstunterzeichner*innen

Bürgermeisterin Agnes Christner (Dezernat III – Bürgerservice, Kultur, Bildung und Betreuung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Soziales und Gesundheitsamt, Heilbronn); **Bürgermeisterin Isabel Fezer** (Referat Jugend und Bildung, Stuttgart); **Dr. Rolf Frankenberger** (Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen); **Thomas Haigis** (Referent für Bürgerbeteiligung, Filderstadt); **Dr. Rolf Hoberg** (ehem. Vorsitzender des Vorstands der AOK Baden-Württemberg, Stuttgart); **Dr. Konrad Hummel** (ehem. Geschäftsführer der Mannheimer Wohn- und Stadtentwicklungsgesellschaft MWSP, Mannheim); **Dr. Stefan Krämer** (Wüstenrot Stiftung, Ludwigsburg); **Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz** (Präsident des Städtetages Baden-Württemberg, Mannheim); **Dieter Lehmann** (Amtsleiter Familie und Soziales, Schwäbisch-Gmünd); **Bürgermeister Martin Lenz** (Dezernat 3 – Jugend und Eltern, Soziales, Schulen, Sport, Bäder und Migrationsfragen, Karlsruhe); **Reiner Prölß** (Berufsmäßiger Stadtrat für Jugend, Familie und Soziales, Nürnberg).